

Sitzungsniederschrift

37. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Raum 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 09.02.2016	Sitzungsbeginn: 15:06 Uhr	Sitzungsende: 16:40 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	Vertretung für Frau Beate Jeromin-Oldewurtel
Behrens, Sven	CDU	Vertretung für Herrn Udo Weilage
Dirksen, Dieter	CDU	
Gossel, Arnold	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	
Harms, Antje	SPD	
Harms, Erich	SPD	Vertretung für Herrn Bernd Hasbach
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Vertretung für Herrn Jan Roß
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Weber, Harm-Uwe		Landrat

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Hasbach, Bernd	SPD
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE
Siebels, Wiard	SPD
Weilage, Udo	CDU

Grundmandat

Roß, Jan	DIE LINKE.
----------	------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 25.01.2016
5. Einwohnerfragestunde
6. 3. Beratung des Haushaltsplanes 2016
7. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
8. Einwohnerfragestunde
9. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele eröffnete um 15.06 Uhr die 37. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die anwesenden Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Harms nahm für den Abgeordneten Hasbach, Abgeordnete Altmann nahm für die Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel, Abgeordneter Ihnen nahm für den Abgeordneten Siebels, Abgeordneter Behrens nahm für den Abgeordneten Weilage und Abgeordnete Seelgen nahm für den Abgeordneten Roß an der Sitzung teil.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 25.01.2016

Abgeordneter Agena fragte in Bezug auf TOP 7 der letzten Sitzung nach, in welcher Höhe im letzten Jahr Mindererträge bei der Verkehrsüberwachung des Ordnungsamtes zu verzeichnen gewesen seien. Die Information im Budgetbericht sei ihm zu spät.

Landrat Weber sagte, dass seines Wissen 2,2 Mio. € Erträge im Haushaltsansatz enthalten gewesen seien. Die Personalaufwendungen für diesen Bereich würden bei ca. 1,3 Mio. € liegen. Die Mindererträge würden sich auf ca. 400.000 € belaufen.

Frau Saathoff teilte mit, dass die exakten Daten im Protokoll vermerkt werden.

Anmerkung:

Die Niederschrift über die 36. Sitzung des Finanzausschusses vom 25.01.2016 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 3. Beratung des Haushaltsplanes 2016

Zu Beginn der Sitzung wurde ein aktueller Entwurf des Gesamtergebnisplanes mit Querschnitten nach Teilhaushalten und Produkten (Anlage 1) und Teilergebnishaushalten mit der Darstellung der einzelnen Produkte an die Mitglieder verteilt. Außerdem wurde eine Übersicht der Teilhaushalte (Anlage 2) sowie eine Übersicht mit den Ergebnissen der Teilhaushalte (Anlage 3) und den Personalaufwendungen der einzelnen Teilhaushalte (Anlage 4) vorgelegt.

Frau Saathoff führte aus, dass die aktuellen Beschlüsse des Kreisausschusses im Entwurf des Haushaltsplanes eingearbeitet worden seien. Es sei ein Zuschuss in Höhe von 30.000 € (von bisher 10.000 € laut Ursprungsbeschluss) für die Kulturförderung, ein Zuschuss an den Verein EIBO in Höhe von 5.000 € sowie ein jährlicher Zuschuss an die Ostfriesische Landschaft für das zusätzlich erworbene Archiv in Höhe von 31.000 € eingeplant worden. Aus dem Betrag für die Kulturförderung solle auch der Zuschuss für die Kunstschule Aurich in Höhe von 4.000 € gezahlt werden.

Außerdem seien die Aufwendungen für die Schuldnerberatung um 28.000 auf 60.000 € erhöht worden. Für das DRK seien Aufwendungen für die Migrations- und Flüchtlingsarbeit (von 7.400 auf 23.700 €) sowie die dritte Betreuungskraft für das Übernachtungsheim (30.000 €) vorgesehen.

Die Zuschüsse an das Europahaus (25.000 € für 2016 und 2017) sowie die Zuschüsse an die Kreisvolkshochschule Aurich und Norden (jeweils 250.000 €) seien bisher nicht im Entwurf eingeplant.

Frau Saathoff informierte weiter, dass die in der Sitzung des Finanzausschusses am 25.01.2016 vorgestellten zusätzlichen Bauunterhaltungsmaßnahmen im Haushaltsplan eingeplant worden seien.

Für die Gnadenkirche Norden sei ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 10.000 € enthalten.

Frau Saathoff wies darauf hin, dass im Entwurf des Haushaltsplanes vom 25.01.2016 (Finanzausschuss) Personalaufwendungen in Höhe von 57.720.200 € eingeplant gewesen seien. In der Aufstellung des Amtes 11 seien Aufwendungen in Höhe von 56.358.400 € (- 1.361.800 €) enthalten gewesen.

Bei der Überprüfung der Differenz sei festgestellt worden, dass die Personalaufwendungen für die leistungsorientierte Bezahlung (LOB) in Höhe von 550.000 € nicht im Haushaltsplan eingeplant worden sei. Darüber hinaus seien die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen auf der Grundlage der Bescheide der Vorjahre der Niedersächsischen Versorgungskasse um 1.756.500 € erhöht im Haushaltsplan eingeplant gewesen und in der Übersicht des Amtes 11 nicht enthalten gewesen.

Die Personalaufwendungen würden jetzt bei 58.025.900 € liegen. Dieses sei im Vergleich zum Entwurf vom 25.01.2016 eine Erhöhung von 305.700 €. Diese Erhöhung setze sich aus 550.000 € LOB, zwei neuen Stellen im Bauamt (120.000 €) sowie Einsparungen durch spätere Stellenbesetzungen (364.300 €) zusammen.

Abgeordneter Agena war überrascht, dass der Zuschuss an den Verein EIBO im Entwurf des Haushaltsplanes eingeplant wurde. Nach seinem Kenntnisstand sei vereinbart worden, dass sich der Verein zunächst im Schul- oder Jugendhilfeausschuss vorstelle und danach eine Entscheidung getroffen werde. Er habe außerdem keinen schriftlichen Antrag des Vereins gesehen. Trotzdem habe der Kreisausschuss die Gewährung des Zuschusses beschlossen.

Landrat Weber antwortete, dass dem Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung ein Schreiben des Vereins EIBO vorliege. Eine Vorstellung des Vereins solle in einer der nächsten Sitzungen des Schulausschusses erfolgen.

Abgeordnete Griesel verwies auf eine Anfrage bezüglich der leistungsorientierten Bezahlung in der letzten Sitzung des Personalausschusses und sagte, dass sie davon ausgehe, dass die Thematik in der nächsten Sitzung des Personalausschusses beraten werde.

Abgeordneter Gossel erkundigte sich, um welche zusätzlichen Stellen es sich im Bauamt handele.

Landrat Weber sagte, dass diese Stellen für die Erstellung von Bauleitplänen und Bauzeichnungen für die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften vorgesehen seien.

Abgeordneter Strömer fragte nach, ob es für diese Stellen eine Kostenerstattung des Landes gebe.

Landrat Weber berichtete, dass diese Personalaufwendungen mit der Pauschale des Landes (zurzeit 9.500 € pro Jahr und Person) abgedeckt seien.

Abgeordneter Strömer wollte wissen, ob der Verein EIBO für den gesamten Landkreis Aurich tätig sei. Er schlug eine Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer vor, die auch ein derartiges Angebot vorhalte.

Landrat Weber informierte, dass der Verein EIBO kreisweit (u.a. Ihlow, Norderney, Brookmerland, Südbrookmerland, Großefehn) aktiv sei.

Abgeordnete Altmann bemängelte in diesem Zusammenhang die unterschiedliche Reihenfolge für die Behandlung von Zuschussanträgen. Bezüglich der neu einzurichtenden Stellen im Bauamt wollte sie wissen, ob bei einer Übernahme der Kaserne in Aurich finanzielle Auswirkungen für den Landkreis zu erwarten seien.

Landrat Weber sagte, dass sich der Verein EIBO kurzfristig im Fachausschuss vorstellen werde. Für die Kaserne würden Überlegungen zum Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Niedersachsen zum Betrieb der Erstaufnahmeeinrichtung angestellt. Pro Platz und Tag würden vom Land 45 € gezahlt werden. Bei Übernahme der „Kaserne“ seien umfangreiche Veränderungen des Haushaltsplanes zu erwarten. Zum jetzigen Zeitpunkt könne jedoch nur das aktuelle Zahlenwerk ohne Berücksichtigung der Kaserne vorgelegt werden.

Abgeordnete Griesel brachte ihren Unmut über die unterschiedliche Behandlung von Zuschussanträgen zum Ausdruck. Der Zuschuss für das Europahaus sei mehrfach beraten worden. Wichtig sei hier, dass eine Grundsatzentscheidung getroffen werde. Die Zuschüsse für die Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden seien auch nicht eingeplant worden. Andere Institutionen (z. B. der Verein EIBO) würden erstmalig in Erscheinung treten und sofort würde ein entsprechender Haushaltsansatz eingeplant werden.

Statt zusätzliches Personal für das Bauamt einzustellen, sei auch eine Auftragsvergabe an Planungsbüros denkbar. Hierdurch würde die Wirtschaft auch unterstützt werden.

Anmerkung zum Protokoll:

Zwei Stadtplaner, ein Landschaftsarchitekt, ein Bauzeichner

Landrat Weber teilte mit, dass für die neuen Stellen des Bauamtes eine Befristung über einen Zeitraum von zwei Jahren vorgesehen sei. Die Einrichtung der Stellen gehe auf einen Vorschlag der Gemeinden zurück.

Abgeordnete Harms fragte, welchen Betrag die Stadt Norden an die Gnadenkirche Norden zahle.

Landrat Weber antwortete, dass die Stadt Norden bisher 3.000 € an die Gnadenkirche gezahlt habe. Es sei eine Erhöhung auf 5.000 € geplant. Hierdurch könne der Zuschuss des Landkreises auf 8.000 € reduziert werden.

Der Antrag des Europahauses (Anlage 5) wurde an die Mitglieder verteilt.

Abgeordnete Harms sagte, dass der Verein EIBO sehr gute ehrenamtliche Arbeit leiste.

Abgeordnete Kleinert bat um Unterstützung des Europahauses. Die Einrichtung sei für den Landkreis Aurich wichtig und ihrer Auffassung nach müssten Wege für die Unterstützung gefunden werden.

Landrat Weber informierte auf die Anfrage der Abgeordneten Griesel wegen der nicht im Haushaltsplan eingestellten Zuschüsse an die Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden, dass die Verwaltung von der Politik aufgefordert worden sei, die Vereinbarung mit der Kreisvolkshochschule Norden zu kündigen. Aus diesem Grund seien die Mittel bewusst nicht eingeplant worden. Er würde sich freuen, wenn sich eine Mehrheit für die Einplanung der Zuschüsse aussprechen würde.

Bei dem Europahaus handele es sich um eine gute Einrichtung. Die Mitarbeiter würden sogar auf einen Teil ihres Einkommens verzichten.

Aus Gründen der politischen Sauberkeit habe er die Zuschüsse für die Volkshochschulen und das Europahaus nicht aufgenommen.

Abgeordnete Altmann konnte die Argumente nicht nachvollziehen. Sie gehe davon aus, dass alle Anträge ihre Berechtigung haben. Es sei zu berücksichtigen, dass der Landkreis ein endliches Budget habe. Bezüglich der Umstrukturierung der Volkshochschulen würden wenige Informationen in den Betriebsausschüssen fließen.

Landrat Weber sagte, dass die KVHS-Diskussion für die Verwaltung nicht vom Tisch sei.

Abgeordneter Dirksen fasste zusammen, dass der Haushaltsentwurf in den Fraktionen beraten werden müsse. Änderungswünsche seien bei der Verwaltung einzureichen. Anschließend müsse eine Abstimmung erfolgen.

Abgeordnete Griesel forderte eine Gleichbehandlung bei neuen Anträgen. Die Finanzausschussmitglieder hätten die Anträge teilweise noch nicht gesehen, die Haushaltsmittel seien aber bereits eingeplant. Außerdem würde sich die Situation bei einem positiven Ergebnis im Ergebnishaushalt nicht verändern.



Frau Saathoff erläuterte die wesentlichen Veränderungen in den einzelnen Teilhaushalten. Der Überschuss im Ergebnishaushalt betrage nach derzeitigem Planungsstand 1.112.700 €. Die Ergänzung der Finanzplanjahre 2017 bis 2019 würde noch ausstehen.

Bei dem vorläufigen Ergebnis des Haushaltsjahres 2014 sei zu berücksichtigen, dass die Buchung der Abschreibungen und Auflösungserträge für Sonderposten noch ausstehe und sich aus diesem Grund in einigen Bereichen größere Abweichungen ergeben würden.

Bei dem Produkt 411-01 (Krankenhaus) sei ein Zuschuss an die UEK in Höhe von 10 Mio. € eingeplant.

Die Erstattung von der VBL (Sanierungsgeld) in Höhe von rund 1,7 Mio. € führe bei dem Produkt 111-12 (Sonderfälle) zu einer Reduzierung der Aufwendungen, weil die Vorgabe von der Statistik dieses so vorsehe. Zurzeit seien von der VBL keine weiteren Forderungen bezüglich des Sanierungsgeldes zu erwarten.

Für die Notunterkünfte des Landes für Flüchtlinge (Produkt 315-51) seien Erträge und Aufwendungen im Rahmen der Amtshilfe in Höhe von 5 Mio. € veranschlagt worden.

Abgeordneter Agena fragte nach dem Unterschied der einzelnen Begrifflichkeiten in Bezug auf die Unterkünfte für Flüchtlinge.

Landrat Weber informierte, dass bei einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes für den Beginn des Asylverfahrens Mitarbeiter des BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) tätig seien.

Bei den Notunterkünften in Moordorf, Norddeich und Pewsum seien keine Mitarbeiter des BAMF tätig. Im Land Niedersachsen würden etwa 12.000 Plätze in Notunterkünften durch Kommunen bereitgestellt werden.

Frau Saathoff führte aus, dass es sich bei der flüchtlingsbezogenen Tätigkeit des Amtes 32 um eine Amtshilfe für das Land Niedersachsen handle.

Abgeordneter Gossel wollte wissen, worin der Landkreis die Vorteile bei der evtl. Übernahme der Kaserne in Aurich sehe.

Landrat Weber erläuterte, dass der Landkreis Aurich bei der Übernahme der Kaserne entsprechend der Mustervereinbarung eine Pauschale in Höhe von 45 € pro Person und Tag erhalte. Es gehe konkret auch um die Frage, ob es für die Stadt Aurich Vorteile gebe, wenn der Landkreis die Kaserne übernehme.

Frau Saathoff informierte weiter, dass im Teilergebnishaushalt des Sozialamtes für den Asylbereich höhere Erstattungen des Landes eingeplant worden seien. Die Höhe der Forderungen betrage 18 Mio. €. Eine Anpassung der Einzahlungen im Finanzhaushalt müsse noch erfolgen.

Außerdem würden die Aufwendungen für die Eingliederungshilfe steigen.



Im Teilergebnishaushalt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie seien Personalmehraufwendungen in Höhe von 1 Mio. € enthalten. Die erhöhten Transferaufwendungen und Transfererträge (Erstattungen vom Land) für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge („UMFŚ“) seien beim Produkt 363-40 eingeplant.

Im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung sei bei den Aufwendungen für die Schülerbeförderung eine Reduzierung von 10,5 Mio. € im Haushaltsjahr 2015 auf einen Haushaltsansatz 2016 in Höhe von 9,9 Mio. € vorgenommen worden. Der erhöhte Ansatz des letzten Jahres sei nicht entsprechend der damaligen Planung erforderlich gewesen.

Frau Saathoff wies abschließend darauf hin, dass bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 22.02.2016 die Daten für die Finanzplanjahre ergänzt werden und die Verwaltung um eine kurzfristige Abstimmung bitte, falls eine Teilnahme an einer Fraktionssitzung gewünscht sei.

TOP 7 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Frau Saathoff informierte, dass am 11.02.2016 die Schlussbesprechung über die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 mit dem Rechnungsprüfungsamt stattfinde.

In der nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 22.02.2016 sei die Vorstellung des Prüfungsberichtes durch das Rechnungsprüfungsamt vorgesehen.

Der Finanzausschuss solle am 22.02.2016 oder am 02.03.2016 die Beschlussvorbereitung des Jahresabschlusses 2010 vornehmen, damit am 17.03.2016 in der Sitzung des Kreistages die Beschlussfassung und Entlastung des Landrates erfolgen könne.

TOP 8 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 9 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 16.40 Uhr.

gez. Thiele
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin

